


## Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 09.10.2013

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	21:05 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>stellv. Stadtratsvorsitzender:</b>	Herr Vothknecht
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

<b>I.</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Drucksachen- Nummer</b>
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
3.1.	Defensionskaserne Petersberg	<b>1486/13</b>
3.2.	Stellung zum Extremismus	<b>1792/13</b>
4.	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	
4.1.	Dringliche Anfragen	

4.1.1.	Dringliche Anfrage - Zwei Schulen unter einem Dach am Standort Lutherschule Erfurt; Stand der Gespräche mit der Evang. Schulstiftung Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>1871/13</b>
4.1.2.	Dringliche Anfrage - Anteile am Gasversorger Verbundnetz Gas AG (VNG) Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU	<b>1920/13</b>
4.2.	Anfragen	
4.2.1.	Alte Zahnklinik zum Wohnheim ausbauen? Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	<b>1559/13</b>
4.2.2.	Komplex FFW Melchendorf Fragesteller: Herr Schmantek, Fraktion DIE LINKE.	<b>1742/13</b>
4.2.3.	Zukunft des alten Schauspielhauses Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.	<b>1743/13</b>
4.2.4.	Entwicklung eines Nutzungskonzepts für die Barfüßerkirche Fragesteller: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.	<b>1821/13</b>
4.2.5.	Caravanplätze Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>1814/13</b>
4.2.6.	Sanierungsbedarf der Freiflächen an Erfurter Schulen Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler	<b>1771/13</b>
4.2.7.	Lutherdenkmal Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler	<b>1800/13</b>
4.2.8.	Drogen in Erfurt Fragesteller: Herr Schwerdt, fraktionslos	<b>1730/13</b>
4.2.9.	Schenkung Grondhuis / Huben zugunsten Museum für Thüringer Volkskunde Fragesteller: Herr Rudovsky, fraktionslos	<b>1815/13</b>

4.2.10.	Windkraftanlagen auf kommunalen Flächen Fragesteller: Herr Kemmerich, fraktionslos	<b>1817/13</b>
4.2.11.	Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes im Ortsteil Bischleben-Stedten Fragesteller: Herr Schau, Ortsteilbürgermeister Bischleben-Stedten	<b>1837/13</b>
5.	Aktuelle Stunde	
6.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Wahl einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>1908/13</b>
6.2.	Berichterstattung des Oberbürgermeisters zum Verkauf von Anteilen der SWE an der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>1922/13</b>
6.3.	Prüfauftrag an die Stadtverwaltung zum Umgang mit den in der "alten Parteischule" untergebrachten Spanierinnen und Spanier in Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>1935/13</b>
7.	Entscheidungsvorlagen	
7.1.	2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung Einr.: Oberbürgermeister	<b>0380/13</b>
7.1.1.	Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WuB vom 26.09.2013 - TOP 4.1.+4.1.1. ... 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung (DS 0380/13+1575/13)	<b>1811/13</b>
7.1.2.	Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	<b>1888/13</b>
7.1.3.	Zuarbeit aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	<b>1892/13</b>

7.2.	Bebauungsplan LIN641 "Azmandorfer Straße" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	<b>0719/13</b>
7.3.	VS019 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplans JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße" Einr.: Oberbürgermeister	<b>1074/13</b>
7.4.	Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>1082/13</b>
7.4.1.	Nachfragen zur DS 1082/13 - Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer	<b>1521/13</b>
7.5.	1. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Entwässerungsbetriebes der Landeshauptstadt Erfurt zur Trennung des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb vom Tiefbau- und Verkehrsamt Einr.: Oberbürgermeister	<b>1226/13</b>
7.6.	Kreditaufnahme Thüringer Zoopark Erfurt über 4.800 TEUR zur Finanzierung der Elefantenanlage im Jahr 2013 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1277/13</b>
7.7.	Einführung Begegnungszone Erfurt 1. Stufe - Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den Fußgängerzonen der Altstadt zum 01.01.2014 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1331/13</b>
7.7.1.	Antrag von Herrn Plhak, Fraktion DIE LINKE. zur DS 1331/13 - Einführung Begegnungszone Erfurt 1. Stufe - Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den Fußgängerzonen der Altstadt zum 01.01.2014	<b>1798/13</b>
7.7.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 1331/13 - Einführung Begegnungszone Erfurt 1. Stufe - Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den Fußgängerzonen der Altstadt zum 01.01.2014	<b>1923/13</b>

7.7.3.	Antrag aus der nicht öffentlichen Sitzung BuV vom 19.09.2013 - TOP 4.4 - Einführung Begegnungszone Erfurt 1. Stufe - Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den Fußgängerzonen der Altstadt zum 01.01.2014 (DS 1331/13)	<b>1750/13</b>
7.8.	Kulturelles Jahresthema 2014 "Wie viele Worte braucht der Mensch ?" - Projektuntersetzung Einr.: Oberbürgermeister	<b>1365/13</b>
7.9.	Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>1399/13</b>
7.10.	Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen Einr.: Fraktion SPD	<b>1721/13</b>
7.10.1.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 1721/13 - Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen	<b>1921/13</b>
7.11.	Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen Einr.: Fraktion Freie Wähler	<b>1741/13</b>
7.12.	Besetzung des zweiten sachkundigen Bürgers im Ausschuss Stadtentwicklung/Umwelt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>1748/13</b>
7.13.	Flächen für Grasmahd und Heugewinnung Einr.: Fraktion Freie Wähler	<b>1769/13</b>
7.14.	Flächenentsiegelung im Stadtgebiet Einr.: Fraktion SPD	<b>1782/13</b>
7.15.	Freier Eintritt für Gästeführer in Erfurter Museen und Galerien Einr.: Fraktion Freie Wähler	<b>1790/13</b>
8.	Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur die 48. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2009 - 2014 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sie übergab sodann die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden Herr Vothknecht.

Herr Vothknecht gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Er fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte er mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 und am 28.02.2012 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Im Anschluss wurde die form- und fristgemäße Einladung nach § 35 (2) ThürKO sowie die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 40 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

Danach wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Letztlich verwies er auf die Pause, welche in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfinden soll.

## 2. Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Änderungen zur Tagesordnung lagen vor:

a) zusätzlich aufgenommen werden soll:

Die Drucksache 1908/13 - Wahl einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Vorlage unter TOP 6.1 in die Tagesordnung aufgenommen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Wahl vor der Pause stattfinden soll.

Die Drucksache 1920/13 - Berichterstattung des Oberbürgermeisters zum Verkauf von Anteilen der SWE an der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., begründete die Dringlichkeit der Vorlage.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Vorlage unter TOP 6.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Zudem lag ein weiterer dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE. als Tischvorlage mit folgendem Wortlaut vor:

- 1. "Die Stadtverwaltung nimmt ihre Verantwortung gegenüber Gästen und Bürgern der Stadt wahr und versucht, die unmenschliche Lebenssituation der sich z. Z. in Erfurt aufhaltenden Spanierinnen und Spanier zu verbessern.*
- 2. Über die entsprechenden Aktivitäten sind die Geschäftsstellen der Fraktionen im Rathaus kurzfristig zu informieren."*

Hierzu begründete Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Dringlichkeit.

Nachfolgend wies Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, darauf hin, dass dieser Antrag Ihnen nicht als Tischvorlage vorliege und stellte einen Geschäftsordnungsantrag für eine kurze Auszeit von 5 Minuten mit der Bitte an die einreichende Fraktion die Tischvorlage an alle Stadtratsmitglieder zu verteilen.

Zu dieser Thematik bezog Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Stellung und erläuterte die aktuelle Situation der in der alten Partei- schule untergebrachten Spanierinnen und Spanier.

Während der Auszeit wurde die Tischvorlage an die Stadtratsmitglieder ausgereicht. Im Anschluss ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38  
Nein-Stimmen: 1  
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Vorlage unter TOP 6.3 in die Tagesordnung aufgenommen.



b) verwiesen bzw. vertagt wurden:

1. Auf Antrag der einreichenden Fraktion Freie Wähler wird TOP 7.11- Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen - Drucksache 1741/13 direkt in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile verwiesen.

2. Auf Antrag der einreichenden Fraktion SPD wird TOP 7.14 - Flächenentsiegelung im Stadtgebiet - Drucksache 1782/13 vertagt und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

3. Auf Antrag der einreichenden Fraktion DIE LINKE. wird TOP 7.9 - Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung - Drucksache 1399/13 in den Hauptausschuss am 03.12.2013 verwiesen.

c) zurückgezogen wurde:

Durch die einreichende Fraktion Freie Wähler wird TOP 7.15 - Freier Eintritt für Gästeführer in Erfurter Museen und Galerien - Drucksache 1790/13 zurückgezogen.

d) Es wurde signalisiert, dass zu den Tagesordnungspunkten:

TOP 7.3 – Drucksache 1074/13

VS019 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplans JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße"

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.6 – Drucksache 1277/13

Kreditaufnahme Thüringer Zoopark Erfurt über 4.800 TEUR zur Finanzierung der Elefantenanlage im Jahr 2013

Einr.: Oberbürgermeister

kein Redebedarf besteht.

Weiterhin beantragte Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, die Verweisung des TOP 7.13 - Flächen für Grasmahd und Heugewinnung - Drucksache 1769/13 in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

Gegen die genannten Änderungen zur Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

### **3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)**

Nachstehende Einwohneranfragen lagen vor.

#### **3.1. Defensionskaserne Petersberg**

**1486/13**

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und nahm Bezug zu der in dem Antwortschreiben erwähnten Machbarkeitsstudie zur Defensionskaserne und ging hierbei insbesondere auf die Prüfung zur Erhaltung des Daches ein. Hierzu hinterfragte er die Notwendigkeit der vollständigen Abtragung des Daches in den Maße, welches hier vorgesehen wird.

Hierzu verwies der Oberbürgermeister darauf, dass ein weiterer Leerstand des Gebäudes ebenso keine Aufwertung für den Petersberg sei. Daher werden zunächst einige verschiedene Möglichkeiten für eine dauerhafte Nutzung geprüft.

Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, erläuterte hierzu den derzeitigen Sachstand im Hinblick auf das Dach der Defensionskaserne. Hierbei werden alle Möglichkeiten der Dachgestaltung geprüft und der Prozess sei noch nicht abgeschlossen. Dennoch verdeutlichte er, dass eine zwingende Erhaltung des jetzigen Daches auch im Hinblick auf den Denkmalschutz nicht gewährleistet werden könne.

Der Fragesteller erläuterte hierzu nochmals die Intension seines Anliegen.

Der Oberbürgermeister verwies nochmals auf den laufenden Diskussionsprozess in dieser Angelegenheit und versicherte die konkrete Prüfung aller Möglichkeiten.

Daraufhin beantragte Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, die Verweisung der Einwohneranfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung.

#### **Anfrage verwiesen in Ausschuss**

#### **3.2. Stellung zum Extremismus**

**1792/13**

Der Fragesteller war nicht anwesend.

**zur Kenntnis genommen**

### **4. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)**

#### **4.1. Dringliche Anfragen**

Folgende dringliche Anfragen lagen vor.

- 4.1.1. Dringliche Anfrage - Zwei Schulen unter einem Dach am Standort Lutherschule Erfurt; Stand der Gespräche mit der Evang. Schulstiftung** **1871/13**  
**Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

*Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.*

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

- 4.1.2. Dringliche Anfrage - Anteile am Gasversorger Verbundnetz Gas AG (VNG)** **1920/13**  
**Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

*Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.*

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und stellte zu den jeweiligen Punkten Nachfragen. Insbesondere mit der Antwort zur Frage 3 zeigte er sich unzufrieden.

Die Nachfragen wurden durch den Oberbürgermeister beantwortet. Zudem verwies er auf die folgende Diskussion zu dieser Thematik unter TOP 6.2 dem dringlichen Antrag - Berichterstattung des Oberbürgermeisters zum Verkauf von Anteilen der SWE an der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft.

**zur Kenntnis genommen**

#### **4.2. Anfragen**

**4.2.1. Alte Zahnklinik zum Wohnheim ausbauen? 1559/13**  
**Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.**

Die Fragestellerin fragte nach, wann die Prüfergebnisse aus den in der Anlage benannten Prüfungen vorliegen.

Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, erklärte, dass die Ergebnisse der Prüfungen noch dieses Jahr vorliegen werden.

**zur Kenntnis genommen**

**4.2.2. Komplex FFW Melchendorf 1742/13**  
**Fragesteller: Herr Schmantek, Fraktion DIE LINKE.**

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und stellte zwei Nachfragen: "1. Ist es möglich dieses Gebäude aus der Gesamtgrundfläche herauszuziehen und den Rest dann zur Entlastung des Haushaltes zu verkaufen? 2. Bis wann kann eine Entscheidung für den Ortsteilrat fallen?" Hierzu betonte er nochmals, dass die Möglichkeit bestehe eine gemeinsame Nutzung vorzusehen, das hieße die benachbarten Ortsteile könnten mit beteiligt werden.  Der Oberbürgermeister sicherte hierzu eine schriftliche Beantwortung zu.	Drucksache 1967/13
--	-----------------------

**zur Kenntnis genommen**

**4.2.3. Zukunft des alten Schauspielhauses**  
**Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.**

**1743/13**

<p>Der Fragesteller nahm Bezug zu der Beantwortung der Frage 3 hinsichtlich der Möglichkeiten einer eventuellen kulturellen Zwischennutzung des Objektes und fragte nach, welche Mindestanforderungen für dieses Objekt bestehen, um eine Zwischennutzung zu ermöglichen.</p> <p>Der Oberbürgermeister erklärte hierzu, dass es sich um sehr erhebliche Finanzbeträge handeln werde, da dieses Gebäude bereits seit geraumer Zeit leer stehe. Eine Auflistung der Anforderungen im Hinblick auf die finanziellen Beträge werde schriftlich nachgereicht.</p>	<p>Drucksache 1970/13</p>
--	-------------------------------

Zudem beantragte Herr Kallenbach, Fraktion CDU, die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

**4.2.4. Entwicklung eines Nutzungskonzepts für die Barfü-  
ßerkirche**  
**Fragesteller: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.**

**1821/13**

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**4.2.5. Caravanplätze**  
**Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN**

**1814/13**

In Vertretung des Fragestellers beantragte Herr Meier den Verweis der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

**4.2.6. Sanierungsbedarf der Freiflächen an Erfurter Schulen**  
**Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler**

**1771/13**

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

## **Anfrage verwiesen in Ausschuss**

- 4.2.7. Lutherdenkmal 1800/13**  
**Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler**

Die Fragestellerin zeigte sich weiterhin unzufrieden mit der Situation vor Ort des Lutherdenkmals und gab folgendes Statement zu Protokoll: "Ich hab mir es heute noch mal angeschaut, wie gesagt, der Müll ist weg aber das Unkraut, das können schlecht die Bürger weg machen. Da würde ich doch bitten, dass das ab und zu mal gärtnerisch bearbeitet wird. Damit Erfurt ein bissl besser da steht."

**zur Kenntnis genommen**

- 4.2.8. Drogen in Erfurt 1730/13**  
**Fragesteller: Herr Schwerdt, fraktionslos**

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

- 4.2.9. Schenkung Grondhuis / Huben zugunsten Museum für Thüringer Volkskunde 1815/13**  
**Fragesteller: Herr Rudovsky, fraktionslos**

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

- 4.2.10. Windkraftanlagen auf kommunalen Flächen 1817/13**  
**Fragesteller: Herr Kemmerich, fraktionslos**

Der Fragesteller stellte eine Nachfrage bezüglich der zu zahlenden Gewerbesteuer. Diese wurde von Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften beantwortet. Zudem wies der Fragesteller darauf hin, dass es ihm lediglich um die Angabe der Steuerhöhe gehe und beantragte zugleich den Verweis der Anfrage in die nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften.

## **Anfrage verwiesen in Ausschuss**

**4.2.11. Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes im Orts- 1837/13  
teil Bischleben-Stedten  
Fragesteller: Herr Schau, Ortsteilbürgermeister Bischle-  
ben-Stedten**

Der Ortsteilbürgermeister teilte im Vorfeld mit, dass er an der Sitzung nicht teilnehmen kann, bedankt sich jedoch für die Antwort und hat keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5. Aktuelle Stunde**

Es lag kein Antrag vor.

**6. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen**

**6.1. Wahl einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss 1908/13  
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 6.2 und vor der Pause wurde zur Wahl einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgerufen.

Die Anzahl der anwesenden Stadtratsmitglieder wurde mit 39 festgestellt.

Jedes Mitglied des Stadtrates hatte eine Stimme.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).

Die Wahlkommission wurde zur Aufnahme ihrer Tätigkeit nach vorn gebeten und zur Wahl aufgerufen.

Nach Abschluss der Wahlhandlung erfolgte die Auszählung der Stimmen.

Nach der Pause wurde durch Herrn Fahrland, Referent, folgendes Wahlergebnis bekannt gegeben:

Es wurden 39 Stimmen abgegeben, davon entfielen 34 Stimmen auf Frau Maria Meißner. Sie wurde damit gewählt.

Somit gratulierte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Maria Meißner zur Wahl.

## **gewählt**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird als 1. Stellvertreterin für Jens Adolphs in den Jugendhilfeausschuss gewählt:

bisher:                 Martin Behrens  
neu:                     Maria Meißner

### Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder

des Erfurter Stadtrates:                     51

davon

    anwesend:                                 39

abgegebene Stimmen:                     39

erforderliche Mehrheit:                 20

Stimmen für Frau Maria Meißner:       34

## **6.2.           Berichterstattung des Oberbürgermeisters zum Verkauf         1922/13 von Anteilen der SWE an der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Zum Verfahren wurde vorab Folgendes bekannt gegeben: Soweit im Verlauf der Beratung der Drucksache die Aussage getroffen wird, dass die zu erklärenden Tatsachen ganz oder teilweise nicht öffentlicher Natur sind, ist gem. § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu verfahren.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erklärte die Argumente seiner Fraktion bereits bei der Begründung der Dringlichkeit genannt zu haben und bat nun um die Berichterstattung des Oberbürgermeisters.

Der Oberbürgermeister erklärte hierzu einige allgemeine Dinge sagen zu können, jedoch sei ein großer Teil der Informationen nicht öffentlich und somit sollte die ausführliche Diskussion zum Sachverhalt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung erfolgen. Weiterhin wies er darauf hin, dass der Geschäftsführer der Stadtwerke Erfurt anwesend ist und übergab zunächst das Wort an die Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt.

Infolge dessen ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über das Rederecht für den anwesenden Geschäftsführer der Stadtwerke Erfurt abstimmen.



### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Somit wurde dem Geschäftsführer der Stadtwerke Erfurt das Rederecht erteilt.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., bat um entsprechende Signalisierung der für die Nichtöffentlichkeit bestimmten Diskussionspunkte, um diese später in der nicht öffentlichen Sitzung nochmals ansprechen zu können.

Hierzu bemerkte der Oberbürgermeister die Schwierigkeit einer genauen Kennzeichnung einzelner nicht öffentlicher Punkte, da dies im Konkreten die meisten Punkte seien. Daher werde im öffentlichen Teil auf die allgemeinen Dinge eingegangen und anschließend die weitere Verfahrensweise für den nicht öffentlichen Teil besprochen.

Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, begrüßte den Vorschlag des Oberbürgermeisters bezüglich der weiteren Behandlung der Thematik im nicht öffentlichen Teil der Sitzung. Zudem ging sie kurz auf den Vorgang zur Kündigung des Treuhandvertrages und dessen Bedeutung ein.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erläuterte nochmals die Intension des Antrages und verwies deutlich auf das Anliegen seiner Fraktion, bei welchem es vor allem um die grundsätzliche politische Entscheidung gehe.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke Erfurt nahm Bezug zur Erfurter Erklärung und der Entwicklung in der Verbundnetz Gas AG. Zudem erläuterte er die Entstehung der aktuellen Situation bezüglich der Kündigung des Treuhandvertrages zum 30.09.2013.

Die Nachfragen von Frau Wagner, Fraktion DIE LINKE.  
Herrn Huck, Fraktion CDU  
Herrn Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.  
Frau Tyroller, Fraktion CDU  
Herrn Hutt, Fraktion CDU

bezüglich der Information über die Bedenken an die Gesellschafter, der kurzfristigen Sondersitzung auf Grund der Kündigungsfrist, der Rendite sowie der Reaktion anderer Kommunen auf die geänderte Geschäftsstrategie wurden, soweit dies im öffentlichen Teil der Sitzung möglich war, vom Geschäftsführer der Stadtwerke Erfurt beantwortet.

Auf die Nachfrage von Herrn Stampf, Fraktion Freie Wähler an den Oberbürgermeister bezüglich der Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig zum Dialog über die Zukunft des VNG beantwortete der Oberbürgermeister dahingehend, dass er den Gesprächstermin in der Einladung auf Grund der Kurzfristigkeit nicht wahrnehmen könne, jedoch zu einem abgestimmten Termin Interesse an einem Dialog zur Thematik mit dem Oberbürgermeister von Leipzig habe.

Abschließend erläuterte Herr Pfistner, Fraktion CDU, kurz seine Sichtweise zur Thematik und regte an, dass sich der Stadtrat bei der Entscheidung die Frage stellen sollte, ob mit dem Geld der Erfurterinnen und Erfurter weiter spekuliert werden wolle - sowohl in positiver als auch in negativer Richtung.

Zum Abschluss beantragte Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., beantragte die Vorlage zur weiteren Diskussion im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nochmals aufzurufen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch. Somit sollte so verfahren werden.

### **kein Votum**

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wurde der TOP 6.1 - Wahl einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN aufgerufen.

### **6.3. Prüfauftrag an die Stadtverwaltung zum Umgang mit den in der "alten Parteischule" untergebrachten Spanierinnen und Spanier in Erfurt** 1935/13 **Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses unter TOP 6.1 aufgerufen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des dringlichen Antrages. Weiterhin schilderte sie die Hintergründe der Thematik und verdeutlichte die aktuelle Situation in der "alten Parteischule" als Unterkunft für die Spanierinnen und Spanier. Diese seien unmenschlich und dürfen so nicht akzeptiert werden. Daher appellierte sie an die Verantwortung der Stadt Erfurt als Landeshauptstadt.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte im Namen seiner Fraktion das Anliegen des Antrages. Jedoch regte er an, die Formulierung "unmenschliche Lebenssituationen" durch eine alternative Bezeichnung zu ersetzen, um auf jegliche vorliegende Situationen eingehen zu können.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., griff den Vorschlag seines Vorredners auf und formulierte die Änderung in "unwürdige Lebenssituationen".

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, erläuterte die Sichtweise seiner Fraktion zur Thematik und signalisierte seine Befürwortung zum vorliegenden Antrag. Dennoch sehe er eine konkrete Benennung der Dinge, die die Stadt tun kann um die Bedingungen zu verbessern, als hilfreich an.

Herr Hutt, Fraktion CDU, begrüßte das Anliegen des vorliegenden Antrages aber bat um Umformulierung des Beschlusswortlautes im Sinne einer genaueren Formulierung des angesprochenen Personenkreises.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners und versicherte, dass es seiner Fraktion hauptsächlich auf den Inhalt auf Grund der Brisanz des Themas ankam. Zudem erklärte er sich bereit, den genauen Beschlusswortlaut nochmals zu überarbeiten und eventuell zu konkretisieren.

Herr Remus, Fraktion DIE LINKE., machte anhand persönlicher Erfahrungen insbesondere auf die Thematik der Gastfamilien aufmerksam. Hierbei sei es wichtig heute ein Signal zu setzen, aufmerksam zu machen und Unterstützung zu leisten um eventuell die Bereitschaft für Gastfamilien weiter zu stärken und auszubauen.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, begrüßte den Kern des Antrages insbesondere im Hinblick auf die Gastfreundschaft der Stadt und den Umgang mit einer solchen Notsituation. Im Allgemeinen seien zunächst alle Zustände, die zu der momentanen Situation geführt haben, zu prüfen. Dies liege speziell bei den Verträgen im Bereich des europäischen Arbeitsrechtes und ist demzufolge Aufgabe der Kontrollbehörde auch im Sinne einer strafrechtlichen Prüfung. In Bezug auf all die notwendigen Prüfungen werden die entsprechenden Behörden kontaktiert und mit diesen zusammengearbeitet. Zudem versicherte sie, dass die Möglichkeiten der Prüfung durch die Stadtverwaltung über das Jobcenter, die Arbeitsagentur und die IHK vollumfänglich genutzt und erfolgen werden. Sobald eingehende Informationen vorliegen, werden die Fraktionen informiert.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und ging nochmals auf die Notwendigkeit einer strafrechtlichen Prüfung, welche bereits von Frau Thierbach angesprochen wurde, ein.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Daraufhin nannte Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Überschrift des Antrages wie folgt: "Prüfauftrag an die Stadtverwaltung zum Umgang mit den in der 'alten Parteischule' untergebrachten Spanierinnen und Spanier". Weiterhin werde das Wort "unmenschlich" in "unwürdig" geändert und die Konkretisierung des Personenkreises erfolge laut dem Titel des Antrages auch im Beschlusswortlaut.

*Hinweis: Der ursprünglich eingereichte Tischvorlage wurde als Antrag mit Drucksache 1935/13 in die Tagesordnung der Sitzung aufgenommen.*

Somit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über den vorliegenden Antrag inkl. der zuvor genannten Änderungen abstimmen.

**mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Die Stadtverwaltung nimmt ihre Verantwortung gegenüber Gästen und Bürgern der Stadt wahr und versucht, die unwürdige Lebenssituation der z. Z. in der "alten Parteischule" in Erfurt untergebrachten Spanierinnen und Spanier zu verbessern.

02

Über die entsprechenden Aktivitäten sind die Geschäftsstellen der Fraktionen im Rathaus kurzfristig zu informieren.

## **7.            Entscheidungsvorlagen**

### **7.1.           2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung            0380/13 Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Drucksache zuletzt in der Sitzung des Stadtrates am 03.07.2013 zur Beratung in die Ausschüsse Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie Wirtschaftsförderung und Beteiligungen verwiesen wurde (auf Grund der Annahme der Drucksache 1188/13).

Der DEHOGA, der Einzelhandelsverband des Freistaats Thüringen sowie der City Management e. V. legten eine gemeinsame Stellungnahme vor. Diese liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern als Anlage zur Drucksache 0380/13 vor.

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 05.09.2013 erfolgte die Anhörung der o. g. Interessenvertretungen. Die im Rahmen der Anhörung offen gebliebenen Fragen wurden mit Drucksache 1575/13 beantwortet und zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 26.09.2013 vorgelegt.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen hat die Drucksache in seiner Sitzung am 26.09.2013 mit Änderungen bestätigt (Ja 4 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0).

Im Rubrum der Satzung (Anlage 1 der Drucksache 0380/13) erfolgt die redaktionelle Anpassung hinsichtlich der aktuellen Rechtsgrundlage der ThürKO wie folgt:

"Aufgrund des § 19 Abs. 1 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom **23.07.2013** (GVBl. S. **194**), ..."

Die Stellungnahme der Verwaltung zu den Nachfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen liegt mit Drucksache 1811/13 den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 02.10.2013 abgelehnt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0).

Zu den Nachfragen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben liegt die Stellungnahme der Verwaltung mit den Drucksachen 1888/13 und 1892/13 vor.

Mit Datum vom 09.10.2013 (OB-PE 8611) liegt den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern ein Schreiben des Bürgeramtes vor, in der der Geltungsbereich des „Innenrings“ gemäß der Sondernutzungsgebührensatzung korrekt dargestellt wird und damit die fehlerhafte Darstellung in der DS 1091/13 korrigiert.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion SPD als Tischvorlage mit folgendem Inhalt vor:

***Änderungs- / Ergänzungsantrag zur DS 0380/13: 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung***

*Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:*

*In der Anlage 1 zur Drucksache wird der "Artikel 2 - Inkrafttreten" wie folgt geändert:*

***Diese Satzung tritt nach der Beschlussfassung, jedoch frühestens zum 01.01.2014 in Kraft.***

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte kurz seine Sichtweise zur Thematik. Da jedoch noch viele weitere offene Fragen bestehen, sprach er sich für einen nochmaligen Verweis der Vorlage in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben aus.
- Frau Tyroller, Fraktion CDU, erklärte im Namen ihrer Fraktion, dass diese die Vorlage ablehnen werde und vielmehr eine Senkung der Gebühren vorschlage. Daher begrüße sie den nochmaligen Verweis der Vorlage in die genannten Ausschüsse.
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, hielt ebenfalls eine erneute Beratung und somit einen nochmaligen Verweis für sinnvoll. Daher plädiere seine Fraktion für den Verweis der Vorlage in eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen.
- Herr Rudovsky, fraktionslos, wies auf die schwierige Situation insbesondere auf Grund der Bauarbeiten in diesem Jahr für die Außengastronomie hin und hielt eine erneute Beratung in den genannten Ausschüssen hinsichtlich dieser Gesichtspunkte für notwendig.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, sprach sich ebenfalls für eine nochmalige und zeitnahe Überarbeitung der Sondernutzungsgebührensatzung in den Ausschüssen aus um den Termin des Inkrafttretens der Satzung, den 01.01.2014, einhalten zu können.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass seine Fraktion den Vorschlag einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung annehme.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, bat bei einer gemeinsamen Beratung der Ausschüsse um Erläuterung und Klarstellung der sogenannten von-/bis- Spannen und dessen Auslegung bei den einzelnen Unternehmen.

- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, regte an, in die Satzung die Kapazitätsgrenzen aufzunehmen. Weiterhin sollte in der Ausschusssitzung eine Protokollnotiz zur Krämerbrücke und hierbei insbesondere zum Mobiliar auf der Krämerbrücke erarbeitet werden, um eventuell späteren Unstimmigkeiten aus dem Weg zu gehen.
- Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende, Herr Vothknecht, Fraktion CDU, mahnte an, dass die DEHOGA und der City Management e. V. zwar angehört wurden, aber offensichtlich als Gesprächspartner nicht ernst genommen wurden. Zudem müsse eine Regelung gefunden werden, die nicht willkürlich alle zwei Jahre nach Kassenlage der Stadt entsprechend zu einer Anhebung führt. Abschließend bat er darum, folgendes Statement zu Protokoll zu nehmen: "Ich möchte gern die Stadtverwaltung an dieser Stelle bitten, mit den Verantwortlichen, bevor wir diesen Ausschuss haben, ins Gespräch zu kommen, um auszuloten, welche langfristige Möglichkeit besteht vielleicht sogar an einem irgendwie gearteten Index diese Gebühr anzupassen, damit wir nicht alle paar Jahre hier im Stadtrat diese Gebührensatzung wie auch immer geartet diskutieren müssen".
- Frau Tyroller, Fraktion CDU, erläuterte kurz ihre Sichtweise zur Thematik.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies seine Vorrednerin auf die genannten Zahlen hin.
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, regte an die Detailfragen dann in der Ausschusssitzung zu klären und nun zur Abstimmung zu kommen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Antrag auf nochmalige Verweisung der Vorlage in eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung auf.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	39
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Vorlage in die gemeinsame Beratung der zuvor genannten Ausschüsse verwiesen.

#### **Verwiesen in Ausschuss**

7.1.1.	Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WuB vom 26.09.2013 - TOP 4.1.+4.1.1. ... 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung (DS 0380/13+1575/13)	1811/13
--------	--	---------

#### **Verwiesen in Ausschuss**

- 7.1.2. Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung 1888/13

Verwiesen in Ausschuss

- 7.1.3. Zuarbeit aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 02.10.2013 zum TOP 5.2 - Drucksache 0380/13 - 2. Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung 1892/13

Verwiesen in Ausschuss

- 7.2. Bebauungsplan LIN641 "Azmannsdorfer Straße" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister 0719/13

Durch den stellvertretenden Stadtratsvorsitzende wurde bekannt gegeben, dass der Ortsteilrat Linderbach die Drucksache in seiner Sitzung am 19.09.2013 abgelehnt hat (Ja 0 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24.09.2013 mit einer Festlegung, (Drucksache 1816/13) bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Information an den Ortsteilrat, dass keinen Sachzusammenhang zwischen dem B-Plan und der Problematik Hochwasser besteht, ist mit Drucksache 1816/13 erfolgt.

Die Nachfrage von Herrn Heider, Ortsteilbürgermeister Linderbach, bezüglich der Hochwasserproblematik unterhalb des Bebauungsplangebietes wurde durch Herrn Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr beantwortet.

Daraufhin signalisierte Herr Heider im Namen des Ortsteilrates die Zustimmung zum Bebauungsplan LIN641.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

**beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

01

Der Entwurf des Bebauungsplanes LIN641 "Azmannsdorfer Straße" in seiner Fassung vom 30.08.2013 (Anlage 3 und 3.1) und die Begründung (Anlage 4) sowie die Zwischenabwägung (Anlage 9) werden gebilligt.

Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

02

Die Billigung steht unter dem Vorbehalt des Abschlusses vertraglicher Vereinbarungen vor dem Satzungsbeschluss.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Eigentümer der Flurstücke im Geltungsbereich einen städtebaulichen Vertrag über die Erschließung und die Sicherung von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft abzuschließen.

03

Der Entwurf des Bebauungsplanes LIN641 "Azmannsdorfer Straße" und die Begründung sind nach § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

04

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

05

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Hinweis:

Die Anlage 3.1 ist Bestandteil der Anlage 3. Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 1 a - e beigelegt.

**7.3. VS019 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der 1074/13  
Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des  
Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplans  
JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße"  
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 24.09.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Damit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.



**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Der Stadtratsbeschluss Nr.: 1958/12 vom 19.12.2012 zur 1. Verlängerung der Veränderungssperre VS019 wird aufgehoben.

02

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO), beschließt der Stadtrat Erfurt die Satzung über die Anordnung der 1. Verlängerung der am 09.03.2012 in Kraft getretenen Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplanes JOV573 "Eugen-Richter-Straße/Hamburger Straße" - VS019 um ein Jahr. Der beiliegende Satzungstext (Anlage 3) über die Veränderungssperre und der Lageplan im Maßstab 1: 1000 (Anlage 2) sind Bestandteil des Beschlusses.

03

Die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre ist im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 2 a - c beigelegt.

**7.4. Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

**1082/13**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt. Weiterhin liegt mit Drucksache 1521/13 die Stellungnahme der Verwaltung zu den Nachfragen zur Angelegenheit vor.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 19.09.2013 abgelehnt (Ja 2 Nein 6 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 24.09.2013 ebenfalls abgelehnt (Ja 2 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erklärte im Namen seiner Fraktion dem Antrag nicht zustimmen zu können und begründete dies.

Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

abgelehnt Ja 8 Nein 28 Enthaltung 4 Befangen 0

7.4.1. Nachfragen zur DS 1082/13 - Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer 1521/13

zur Kenntnis genommen

7.5. 1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Entwässerungsbetriebes der Landeshauptstadt Erfurt zur Trennung des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb vom Tiefbau- und Verkehrsamt  
Einr.: Oberbürgermeister 1226/13

Es wurde bekannt gegeben, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Vorlage in seiner Sitzung am 19.09.2013 bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb hat die Drucksache in seiner Sitzung am 26.09.2013 mit Änderungen bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Im Rubrum der Satzung (Anlage 1 der Drucksache 0380/13) erfolgt die redaktionelle Anpassung hinsichtlich der aktuellen Rechtsgrundlage der ThürKO wie folgt:

"Auf der Grundlage der §§ 19 und 76 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung vom 28.01.2003 (GVBl. Nr. 2 S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.07.2013 (GVBl. S. 194), sowie der Thüringer Eigenbetriebsverordnung ..."

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Sichtweise seiner Fraktion zur positiven Arbeit des Entwässerungsbetriebes. Der Vorlage könne daher nicht zugestimmt werden.
- Herr Rudovsky, fraktionslos, sah ebenfalls keine positiven Aspekte für die Strukturänderung, welche mit der Vorlage beabsichtigt ist und schloss sich den Aussagen seines Vorredners an.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, erläuterte eingehend die Aspekte für die Änderung der Struktur. Zudem wies er darauf hin, dass ein guter Zeitpunkt für die Möglichkeit des Aufbaus einer neuen Struktur im Tiefbau- und Verkehrsamt bevor stehe.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, sah die derzeitige Organisationsstruktur in Erfurt für eine gemeinsame Planung und Durchführung als optimal an.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, zeigte anhand der Beispiele anderer Städte auf, dass eine Trennung beider Einheiten

durchaus funktional und eher die Regel sei. Zudem werde die Koordinierung für einzelne Vorhaben zwischen beiden Organisationseinheiten weiterhin erfolgen.

- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE, sprach sich im Namen seiner Fraktion gegen die Vorlage aus.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sah die Strukturänderung als sinnvoll an.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, verwies auf die einstimmige Abstimmung im Ausschuss und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und sofortige Abstimmung.
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, ging abschließend auf die Aussagen von Herrn Plhak ein und begrüßte den Antrag seines Vorredners.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache inkl. der redaktionellen Änderungen im Rubrum der Satzung (Anlage 1) auf.

### **mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 13 Enthaltung 1 Befangen 0**

01

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Entwässerungsbetriebes der Landeshauptstadt Erfurt gemäß Anlage 1.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Satzung gemäß § 21 Absatz 3 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen und einen Monat nach Eingang bei der Rechtsaufsichtsbehörde im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

**7.6. Kreditaufnahme Thüringer Zoopark Erfurt über 4.800 TEUR zur Finanzierung der Elefantenanlage im Jahr 2013** 1277/13  
**Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Vorlage in der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark mit dem Kulturausschuss am 26.09.2013 wie folgt abgestimmt wurde:

- Kulturausschuss  
(bestätigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)
- Werkausschuss Thüringer Zoopark  
(bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende sogleich über die Vorlage abstimmen.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Der Werkleiter Thüringer Zoopark Erfurt wird beauftragt, den in der Haushaltssatzung genehmigten Kredit in Höhe von 4.800 TEUR aufzunehmen.

02

Der Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt wird direkt nach der Aufnahme des Darlehens über die Konditionen informiert.

**7.7. Einführung Begegnungszone Erfurt 1. Stufe - Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den Fußgängerzonen der Altstadt zum 01.01.2014 1331/13**  
**Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 19.09.2013 mit einer Festlegung (Drucksache 1750/13) bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stellungnahme der Verwaltung zur Festlegung des Bau- und Verkehrsausschusses liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern mit Drucksache 1750/13 vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 24.09.2013 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile hat die Drucksache in seiner Sitzung am 24.09.2013 mit folgender Änderung bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)

Neuformulierung des Beschlusspunktes 02, Pkt. 4:

**Zur Durchsetzung der Sperrfristen sind weiter intensive Kontrollen notwendig. Wenn die Punkte 1 und 2 nicht greifen, können vorbehaltlich der haushalterischen Voraussetzungen, an neuralgischen Punkten automatische Polleranlagen vorgesehen werden.**

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsvorschlag aus dem Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Zudem liegt ein Antrag von Herrn Plhak, Fraktion DIE LINKE., mit Drucksache 1798/13 vor. Dieser Antrag ändert die Drucksache in Anlage 2. Die Stellungnahme der Verwaltung hierzu liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1923/13 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag liegt den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, verwies auf die Diskussion zur Vorlage im Bau- und Verkehrsausschuss und die Festlegung aus dieser. Im Namen seiner Fraktion signalisierte er die Zustimmung zur Einführung der Begegnungszone.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik. Seine Fraktion werde den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mittragen wohingegen eine abschließende Auflistung gemäß dem Antrag von Herrn Plhak, Fraktion DIE LINKE. nicht ganz nachvollziehbar sei. Zudem wies er auf die noch ausstehenden Gespräche mit den Einzelhändlern hin und bat Herrn Spangenberg um kurze Berichterstattung zum Ablauf dieser.
- Herr Rudovsky, fraktionslos, hinterfragte, ob man sich dem personellen Aufwand im Falle solcher Kontrollen bewusst sei mit dem Hintergrund auf die 17 bereits unbesetzten Personalstellen in diesem Bereich.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erklärte zunächst, dass seine Fraktion den von ihm gestellten Antrag übernommen habe und erläuterte die Intension des Antrages.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Änderungen des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und erläuterte diese. Zudem warb er um Zustimmung zu dieser Formulierung.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, ging zunächst auf die Aussagen seiner Vorredner ein. Zusammenfassend bat er ausdrücklich um die Beibehaltung des ursprünglichen Antrages der Verwaltung entgegen der Änderung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile. Bezüglich der zusätzlichen Kontrollen werde auch eine Zusammenarbeit mit der Polizei erfolgen. Zudem werden abschließende Gespräche mit den Einzelhändlern stattfinden.
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, befürwortete die Einführung der Begegnungszone und sprach allen Mitarbeitern des Projektes seinen Dank aus. Zudem werde seine Fraktion dem Antrag von Herrn Plhak, Fraktion DIE LINKE. zustimmen. Zum Ablauf der Abstimmung über die Änderung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile fragte er nach.
- Herr Fahrland, Referent, erläuterte den Abstimmungsvorschlag zur Vorlage.
- Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler, nahm Bezug auf die Neuformulierung des Beschlusspunktes im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und bemerkte, dass diese nicht von allen Ausschussmitgliedern befürwortet wurde, sondern mit dem Abstimmungsergebnis von 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, nahm Stellung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. und signalisierte deutlich, dass dies Einzelfälle und keineswegs die Regel werden solle. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich einer jährlichen Berichterstattung im Stadtrat befürwortete er.
- Herr Götze, Leiter des Bereiches Oberbürgermeister für inner Verwaltung und Ratsangelegenheiten (BOI) und Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit, nahm Bezug zu den Anmerkungen von Frau Bongardt und bestätigte, dass die Änderung

der Beschlussformulierung nur mehrheitlich und nicht einstimmig bestätigt wurde und sicherte eine Prüfung dessen in der Niederschrift des Ausschusses zu.

- Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Aussagen von Herrn Spangenberg und erläuterte seine Sichtweise zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. und signalisierte seine Zustimmung zu diesem.
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., machte nochmals auf die Variante des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile aufmerksam, erläuterte dessen Intension und bat um Zustimmung.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug zu seinem Antrag und änderte die Formulierung im Wortlaut in "Einzelfälle können unter anderem sein".

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag von Herrn Plhak, Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 1798/13 (ändert die Ursprungsdrucksache in Anlage 2), welcher wie zuvor bestätigt von der Fraktion DIE LINKE. übernommen wurde, zur Abstimmung auf.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	1

Damit abgelehnt.

Daraufhin wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1923/13), welcher die Ursprungsdrucksache ergänzt, zur Abstimmung aufgerufen.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

Damit bestätigt.

Im Anschluss ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über den Antrag des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	17
Enthaltungen:	2

Damit wurde dieser bestätigt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung über die Drucksache 1331/13 inkl. den zuvor bestätigten Änderungen.

**mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

01

Im Bereich der Fußgängerzonen (Anlage 1) wird eine Begrenzung der Zeiten für den Lieferverkehr zum 01.01.2014 eingeführt. Neu in die Fußgängerzone eingebunden werden soll die Schlösserstraße. Zunächst gilt eine Begrenzung von Montag bis Freitag von 6 bis 11 Uhr und 18 bis 20 Uhr und Sonnabend von 6 bis 11 Uhr.

02

Zur wirksamen Umsetzung der Lieferzeitbegrenzung werden folgende begleitende Regelungen bestätigt:

- Das Befahren ist während der Lieferzeiten nur mit Ausnahmegenehmigung möglich.
- Ausnahmen zum Befahren der Lieferzonen auch während der gesperrten Zeiten werden nur bei begründeten Ausnahmetatbeständen gem. Anlage 2 genehmigt.
- Der Erhalt und die Neueinrichtung von Ladezonen am Rand der betroffenen Bereiche ist notwendig um Liefervorgänge auch während der Sperrfristen zu ermöglichen (Anlage 3 stellt die vorhandenen Ladezonen dar). Vorschläge zum weiteren konkreten Bedarf werden erarbeitet und mit den betroffenen Händlern und Anliegern im Rahmen von Diskussionsforen im IV. Quartal 2013 abgestimmt.
- Zur Durchsetzung der Sperrfristen sind weiter intensive Kontrollen notwendig. Wenn die Punkte 1 und 2 nicht greifen, können vorbehaltlich der haushalterischen Voraussetzungen, an neuralgischen Punkten automatische Polleranlagen vorgesehen werden.

03

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Thematik der Lieferzeitbegrenzung in der Presse und mit einer entsprechenden Präsentation auf den Internetseiten der Stadt Erfurt zu informieren. Mit den betroffenen Anliegern (Händler, Bewohner und Gewerbetreibenden) sind entsprechende Informationsveranstaltungen durchzuführen (IV. Quartal 2013). Im Jahr 2015 sind die Auswirkungen Lieferzeitbeschränkung und Sperrzeiten zu evaluieren und dem zuständigen Ausschuss vorzustellen.

04

Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich und im Vergleich zum Vorjahr über die erteilten Ausnahmegenehmigungen und Einzelfallregelungen im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Ortschaften und den Ausschuss für Bau und Verkehr zu berichten.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4a - c beigelegt.

7.7.1. Antrag von Herrn Plhak, Fraktion DIE LINKE. zur DS 1798/13  
1331/13 - Einführung Begegnungszone Erfurt 1. Stufe -  
Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den Fußgän-  
gerzonen der Altstadt zum 01.01.2014

abgelehnt Ja 18 Nein 22 Enthaltung 1 Befangen 0

7.7.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 1923/13  
1331/13 - Einführung Begegnungszone Erfurt 1. Stufe -  
Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den Fußgän-  
gerzonen der Altstadt zum 01.01.2014

bestätigt Ja 38 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

7.7.3. Antrag aus der nicht öffentlichen Sitzung BuV vom 1750/13  
19.09.2013 - TOP 4.4 - Einführung Begegnungszone Erfurt  
1. Stufe - Einführung einer Lieferzeitbegrenzung in den  
Fußgängerzonen der Altstadt zum 01.01.2014 (DS  
1331/13)

zur Kenntnis genommen

7.8. Kulturelles Jahresthema 2014 "Wie viele Worte braucht 1365/13  
der Mensch ?" - Projektuntersetzung  
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Kulturausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 26.09.2013 bestätigt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 2).

Folgende Personen haben zuvor zu dieser Vorlage ihre Befangenheit angemeldet:

- Frau Küstner, Fraktion SPD
- Herr Besser, Fraktion Freie Wähler

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Diskussion zur Vorlage im Kulturausschuss ein und erläuterte seine Sichtweise zur Thematik. Infolge dessen werde er sich bei der Abstimmung zur Drucksache enthalten.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, bezog Stellung zu den Aussagen ihres Vorredners.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Ausschussvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.





03

Als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird Herr Stefan Barthelmey benannt.

7.10.1.      **Antrag der Fraktion SPD zur DS 1721/13 - Besetzung des**      1921/13  
                  **3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen**

**bestätigt**

7.11.          **Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen**                              1741/13  
                  **Einr.: Fraktion Freie Wähler**

**Verwiesen in Ausschuss**

7.12.          **Besetzung des zweiten sachkundigen Bürgers im Aus-**              1748/13  
                  **schuss Stadtentwicklung/Umwelt**  
                  **Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Es wurde bekannt gegeben, dass es zu dieser Vorlage keine Vorberatung gab.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

Als zweiter sachkundiger Bürger im Ausschuss Stadtentwicklung/Umwelt wird

Herr Rainer Bischoff

benannt.

7.13.          **Flächen für Grasmahd und Heugewinnung**                              1769/13  
                  **Einr.: Fraktion Freie Wähler**

**Verwiesen in Ausschuss**

7.14.          **Flächenentsiegelung im Stadtgebiet**                                      1782/13  
                  **Einr.: Fraktion SPD**

**Verwiesen in Ausschuss**

7.15. Freier Eintritt für Gästeführer in Erfurter Museen und  
Galerien  
Einr.: Fraktion Freie Wähler

1790/13

zurückgezogen

## 8. Informationen

Es lagen keine Informationen vor. Somit beendete der stellvertretende Stadtratsvorsitzende, Herr Vothknecht, die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

gez. Vothknecht  
stellv. Stadtratsvorsitzender

gez.   
Schriftführer/in